



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

E-Mail: netzausbauplanung-gas@e-control.at

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fax	501 65	Datum
	WP-GSt/Tö	Joel Tölgyes	DW	12253	DW	142253	19.03.2025

Konsultation des Koordinierten Netzentwicklungsplans 2024 und der Langfristigen und integrierten Planung 2024

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung der Entwürfe und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Inhalt des Entwurfs:

Die Langfristige und integrierte Planung (LFiP) und der Koordinierte Netzentwicklungsplan (KNEP) stellen die beiden zentralen Planungsdokumente für die hochrangige Gas-Netzinfrastruktur in Österreich dar. In regelmäßigen Abständen werden darin Maßnahmen zur Entwicklung der hochrangigen Gas-Verteilernetze sowie des Gas-Fernleitungsnetzes dargestellt. Die Netzentwicklungspläne enthalten Maßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung und für den bedarfsgerechten Ausbau des österreichischen Gasnetzes. Die beiden Planungsinstrumente sind aufeinander abgestimmt und liefern den Marktteilnehmerinnen und -teilnehmern Informationen darüber, welche wichtigen Infrastrukturprojekte in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden sollen. Während der KNEP das Planungsinstrument für die Gas-Fernleitungen darstellt, bildet die LFiP die Netzentwicklungsplanung im hochrangigen österreichischen Verteilernetzsystem ab.

Die Dokumente verfolgen einerseits die energiepolitischen Ziele der Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit: Im Sinne einer zuverlässigen Gasversorgung soll durch sie sichergestellt werden, dass ausreichend Leitungskapazitäten für die Verbraucher:innen, aber auch die Einspeisung und den Transit von Gas zur Verfügung stehen. Die Planungen sollen kohärent mit den nationalen und EU-weiten Zielen bezüglich der Klimaneutralität und der Dekarbonisierung des Energiesystems sein. Damit ist auch eine Abstimmung mit den Netzplanungen auf anderen Ebenen (beispielsweise dem Integrierten Österreichischen Netzinfrasturkturplan – „ÖNIP“) bzw in anderen Teilen des Energiesystems (Netzentwicklungsplan der Übertragungsnetzbetreiber – „NEP“) notwendig. Der Plan beschreibt daher auch zukünftige Szenarien für die Nutzung der hochrangigen Gas-Netzinfrastruktur, bei der es durch die Dekarbonisierung des Energiesystems zu grundlegenden Veränderungen kommen wird.

Gleichzeitig sind KNEP und LFiP aber auch wesentlich für das energiepolitische Ziel der Leistbarkeit. Denn die in diesen Dokumenten abgebildeten Netzentwicklungsprojekte bilden die Grundlage für die Abgeltung der dadurch entstehenden Kosten über die Netzentgelte: Die Genehmigung der Planungsinstrumente führt dazu, dass die Kosten der Investitionsprojekte im Rahmen der Festlegung der Tarife (sowohl der Entry-Exit-Tarife für die Fernleitungen als auch der Gas-Systemnutzungsentgelte in den Verteilnetzen) anzuerkennen sind. LFiP und KNEP sind daher nicht nur Planungsinstrumente, sondern auch wesentlicher Bestandteil des Regulierungssystems der Gasnetzbetreiber. Beide Planungen müssen daher der Regulierungsbehörde E-Control zur Genehmigung vorgelegt werden.

Das Wichtigste in Kürze:

- Die beiden Dokumente sind zentral für die Erreichung der energiepolitischen Ziele der Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistbarkeit.
- Das Gasnetz steht durch die Dekarbonisierung des Energiesystems vor einem fundamentalen Wandel. Dieser muss in der Netzplanung berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund müssen der Szenariorahmen und die darauf aufbauenden Projekte eingehend geprüft werden, um Stranded Assets zu vermeiden.
- Eine Quersubventionierung der Wasserstoffnetze über das Gasnetz muss vermieden werden. Damit Wasserstoffprojekte genehmigt werden können, muss das EU-Gasbinnenmarktpaket so rasch wie möglich auf nationaler Ebene umgesetzt werden.

Zu den wesentlichen Bestimmungen des geplanten Entwurfs:

Das österreichische Gasnetz steht vor zentralen Herausforderungen. Um das Ziel der Klimaneutralität in den kommenden Jahrzehnten zu erreichen, ist eine Abkehr von der fossilen Gasnutzung notwendig. Erneuerbare Gase (Erneuerbarer Wasserstoff und Biomethan) stellen hier nur bedingt eine gangbare Alternative dar. Denn erstens ist eine Verbrennung von Biomethan keinesfalls emissionsfrei. Zweitens werden erneuerbare Gase nur sehr begrenzt verfügbar sein: Ihre Produktion ist teuer sowie mit Ressourcenkonflikten behaftet und es gibt bisher kaum Produktionskapazitäten in Österreich. Drittens ist die Verbrennung von erneuerbaren Gasen für viele Anwendungen im Vergleich zu den Alternativen ineffizient. Als Konsequenz macht ein ökonomisch und energetisch effizienter Einsatz von erneuerbaren Gasen nur dort Sinn, wo keine Alternativen anwendbar sind. Insbesondere im Bereich der Raumwärme wird daher ein weitgehender Gasausstieg erfolgen. Das bedeutet vor allem auf Netzebene 3 einen erheblichen Rückgang der Netznutzung. Auf den höheren Netzebenen wird es ebenfalls zu Veränderungen kommen, da es teilweise zu Umwidmungen zu Wasserstoffleitungen kommen wird. Neben diesen mittel- und langfristigen Veränderungen ist auch heute bereits eine veränderte Netznutzung erkennbar: Denn durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben sich die Transitflüsse durch Österreich drastisch reduziert. Auch die Transportrichtungen haben sich verändert und spiegeln die Bemühungen zur europaweiten Gasdiversifizierung wider. Diese Veränderungen führen schon heute zu steigenden Gasnetzentgelten. In Zukunft könnte sich dieser Trend ohne zusätzliche Maßnahmen drastisch verschärfen. Es droht eine Situation, in der vor allem Verbraucher:innen ohne Möglichkeit zum Gasausstieg (bspw. ärmere Haushalte oder Mieter:innen) mit hohen Entgelten konfrontiert sein könnten. Sämtliche zusätzlichen Kostenbelastungen sind daher dringend zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund ist für die Netzplanung ein realistischer Szenariorahmen von großer Bedeutung. Wichtig ist aus Sicht der BAK, dass damit Stranded Assets vermieden werden, indem nur Investitionen getätigt werden, die realistischerweise in Zukunft auch benötigt werden. Hier fällt auf, dass es bei den Planungsdokumenten Inkonsistenzen zum ÖNIP gibt. Konkret wird von einem höheren Gasbedarf, aber auch von einer höheren Einspeisung ausgegangen. Aus Sicht der BAK ist dies nur bedingt nachvollziehbar. Bei der Einspeisung etwa deuten verfügbare Studien eher auf ein geringeres realisierbares Potenzial hin, da es hier zu erheblichen Ressourcenkonflikten kommen könnte bzw ein hohes Maß an Reststoffverwertung notwendig wäre. Sofern sich die höheren Nutzungsannahmen in höheren Investitionen niederschlagen, bedeutet das auch, dass die Kosten für das Gasnetz steigen. Deshalb ist aus Sicht der BAK eine eingehende Überprüfung und Beurteilung der vorgelegten Investitionsprojekte hinsichtlich der technischen Notwendigkeit, der Angemessenheit und der Wirtschaftlichkeit sowie eines weiteren Investitionsbedarfs durch die Regulierungsbehörde geboten.

Weiters fällt auf, dass in den beiden Planungsdokumenten auch das Thema Wasserstoff breit behandelt wird: In den Dokumenten sind bereits erste konkrete Wasserstoffprojekte enthalten. Aus Sicht der BAK ist dies prinzipiell positiv, da für einen schnellen Wasserstoffhochlauf auch eine Wasserstoffnetzinfrastruktur notwendig sein wird und im ÖNIP bereits Korridore für das zukünftige Wasserstoffnetz vorgesehen sind. Allerdings besteht hier aus Sicht der BAK das Problem, dass die gesetzliche Grundlage für Wasserstoffinfrastruktur und deren Kostenanerkennung noch nicht geschaffen wurde. Das EU-Gasbinnenmarktpaket muss in Österreich erst umgesetzt werden, um eine geordnete Kostenanerkennung im Rahmen eines eigenen Wasserstoffregulierungsregimes zu ermöglichen. Bei der Genehmigung der Pläne durch die Behörde ist daher aus Sicht der BAK jedenfalls darauf zu achten, dass es dadurch zu keiner substantiellen Kostenanerkennung für Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Gasnetzregulierung kommt. Denn erstens würde dies der geltenden Rechtslage widersprechen und zweitens unterscheiden sich die zukünftigen Wasserstoffnutzer:innen grundlegend von den heutigen Gasverbraucher:innen, da Wasserstoff nur sehr fokussiert eingesetzt werden wird. Gleichzeitig ist aus Sicht der BAK davon auszugehen, dass bereits eine Genehmigung von Planungsprojekten zu gewissen Quersubventionierungen führen wird. Denn dadurch müssten Planungsressourcen seitens der Netzbetreiber aufgewendet werden (Personaleinsatz etc), die in der Praxis schwer von den Kosten im Gasnetz abgrenzbar wären. Aus Sicht der BAK bringt dies die Regulierungsbehörde in eine ungünstige Situation. Gleichzeitig erwächst der jetzigen Situation auch eine Ungewissheit für Netzbetreiber, die bereits frühzeitig in Wasserstoffnetze investieren wollen und mitunter bereits Kosten in Kauf genommen haben. Um Quersubventionierungen zu vermeiden und gleichzeitig einen raschen Wasserstoffhochlauf samt Kostenanerkennung zu ermöglichen, ist aus Sicht der BAK daher eine rasche Umsetzung des EU-Gasbinnenmarktpakets auf nationaler Ebene von großer Bedeutung.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

